

Haushaltsrede 2011

BM Dr. Joachim Wolf – 18.11.10 (es gilt das gesprochene Wort)

Nun jährt sich bereits schon zum vierten Mal seit meinem Amtsantritt im Sommer 2007 die Aufgabe, den Haushaltplanentwurf der Stadt Korntal-Münchingen in den Gemeinderat einzubringen und damit die Basis für die Diskussion und die Verabschiedung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung der wesentlichen kommunalpolitischen Eckpfeiler des bevorstehenden Jahres bereitzustellen. Wie haben sich doch die Grundlagen der Haushaltsplanerstellung in diesen vier Jahren verändert: Eröffnete ich die Einbringung des Haushalts 2008 noch mit einem Zitat der Stuttgarter Zeitung, das da mit Bezugnahme auf den damaligen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung lautete „Kurs halten“ und auf Basis der hoch offiziellen Wirtschaftsdaten noch grundsätzlich – allen seinerzeit bereits aktuellen Finanzmarkturbulenzen zum Trotz – von einer Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs ausging, so sollte sich das Blatt in den darauf folgenden Monaten doch dramatisch wenden. Der damalige Wirtschaftsminister Glos reduzierte die Wachstumsprognose für 2008 zwar von 2,0 auf 1,7 %, ging aber von einem weiterhin robusten Wachstum aus – maßgeblich gestützt auf die Hoffnung in eine deutlich anziehende Binnenkonjunktur. Sein Ministerkollege Steinbrück, seinerzeit zuständig für die bundesdeutschen Finanzen, unterstützte Glosens vorsichtigen Optimismus: „Die aktuellen Entwicklungen an den Finanzmärkten sind sehr ernst zu nehmen. Es macht aber keinen Sinn, jetzt nervös zu werden. ... Europa und insbesondere Deutschland haben die Kraft, in der Krise als Stabilitätsanker zu wirken. Zwischen Verharmlosung und Dramatisierung brauchen wir ein abgewogenes Urteil.“ so seine damalige Einschätzung der Situation.

Ziemlich genau zwölf Monate später, im Dezember 2008, also am Ende des beschriebenen Prognosezeitraums, wurde in erschreckendem Ausmaß deutlich, dass die deutsche und insbesondere die europäische Wirtschaft sich keinesfalls so ohne Weiteres der weltwirtschaftlich dramatischen Entwicklungen entziehen konnte – im Gegenteil: Das Bundeswirtschaftsministerium konstatierte im Herbst 2008 in Bezug auf den aktuellen Zweimonatsvergleich ein Auftragsminus von annähernd 10 %, für das Bruttoinlandsprodukt wurde seinerzeit für die Folgemonate ein Rückgang von bisher kaum vorstellbaren bundesweiten 3 % prognostiziert und die Zahl der Ar-

beitslosen sollte in der Folge laut Vorhersage ebenso dramatisch auf bis zu 4 Mio. ansteigen. Die Realität stellte dann 2009 all diese Befürchtungen noch in den Schatten: Die negative Jahresbilanz des Bruttoinlandsprodukts schnellte am Ende auf 4,7 %, Baden-Württemberg hatte aufgrund seiner hohen Exportabhängigkeit ein noch deutlicheres Debakel in Form von negativen 7,4 % zu verkraften.

In einem wichtigen Punkt sollte die zitierte Ministerriege dann doch Recht behalten: Deutschland durchschritt sein „tiefes Tal der Tränen“ mit „Sieben-Meilen-Stiefeln“ und erarbeite sich auf dem Weg hinaus aus der Krise wieder einmal den internationalen Ruf „des Wirtschaftsmotors Europas“. Die weltweite interkontinentale Wirtschaftskonkurrenz begleitet aktuell unsere national sehr erfreulichen Perspektiven – für die Jahresbilanz 2010 werden bekanntlich knapp unter 4 % und für das kommende Jahr etwas abgeschwächte 2,5 % BIP-Steigerung prognostiziert – mit kritischer, aus deren Sicht in Bezug auf die sehr beachtlichen Exportleistungen Deutschlands unerfreulicher Bewertung.

Wie allgemein bekannt, kann nun in den Jahren 2010 bis 2012 gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 2010 sogar mit Steuermehreinnahmen von rund 61 Mrd. € oder jährlich etwa 20 Mrd. € gerechnet werden, wovon rund 2,5 Mrd. € bzw. 12,5 % pro Jahr auf alle Kommunen in Deutschland entfallen. Dieser auf den ersten Blick sehr erfreuliche Zuwachs muss aber den voraussichtlichen gesamtstaatlichen Steuereinnahmen in Höhe von rund 1,6 Bill. € in den Jahren 2010 bis 2012 gegenübergestellt werden. Daraus kann unschwer abgeleitet werden, dass der Zuwachs sich prozentual lediglich auf 3,7 % beläuft – und dies klingt dann deutlich ernüchternder als die genannte Endsumme von 61 Mrd. €, weshalb die Steuerschätzer auch erwarten, dass die Gesamtsteuereinnahmen der öffentlichen Hand erst im Jahr 2012 mit rund 563 Mrd. € wieder das Niveau von 2008 erreichen werden.

Entscheidend für unsere Haushaltsdiskussion muss und wird nun sein, wie sich die dargestellte internationale, nationale und regionale Wirtschaftsentwicklung auf unsere Finanzprognostik auswirkt. Selbstverständlich blieb auch unsere Stadt nicht von den Turbulenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise verschont. Konnten wir im Jahr 2009 noch einen zunächst erfreulichen Gewerbesteuerertrag in Höhe von rund 12,8 Mio. € verzeichnen – dies aber lediglich aufgrund einer unerwarteten einmaligen Nachzahlung in Höhe von etwa 4 Mio. € –, so brach diese Steuer im laufenden Jahr dann ganz erheblich ein und lässt uns für 2010 nur noch von einer Einnahme in

Höhe von 8,5 Mio. € ausgehen. Dringend zu beachten sind hierbei zwei Dinge: Erstens müssen wir befürchten, dass die genannte erhebliche Einmalzahlung aufgrund einer Zuordnungsklage nicht im Korntal-Münchinger Stadt-Säckel verbleiben wird – wir sollten diesen Betrag also gleich wieder zur Vorsorge gedanklich abziehen – und zweitens beruhen 2,5 Mio. € der Einnahmesumme auf Nachzahlungen der vergangenen Jahre, so dass als Spiegelbild der aktuellen kommunalen Wirtschaftslage in Form der momentanen tatsächlichen Gewerbesteuervorauszahlungen nach derzeitigem Kenntnisstand für 2010 lediglich 6,0 Mio. € übrig bleiben werden.

Nachvollziehbar ist auch, dass sich analog der kommunale Anteil an der Einkommensteuer von noch 10,5 Mio. € im Jahr 2008 über 9,2 Mio. € in 2009 auf nunmehr voraussichtlich 8,9 Mio. € im laufenden Jahr 2010 reduzieren wird.

Lassen Sie mich an dieser Stelle darauf hinweisen dass alle nachfolgend erläuterten Zahlen und Daten auf Basis der November-Steuerschätzung gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aktualisiert wurden. Da diese Ergebnisse erst nach der Drucklegung des Haushaltsplans vorlagen, konnten sie bisher noch nicht eingearbeitet werden. Dies wird im Rahmen der weiteren Beratung noch nachgeholt. In diesem Zusammenhang werden dann auch die Auswirkungen in den Folgejahren beim kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Ebenso betonen möchte ich, dass in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsplanentwurf eine Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer A von 300 v.H. auf 350 v.H., bei der Grundsteuer B von 320 v.H. auf 390 v.H. und bei der Gewerbesteuer von 355 v.H. auf 380 v.H. eingerechnet wurde. Die sich daraus ergebenden, aus meiner Sicht unverzichtbaren Mehreinnahmen betragen rund 1,1 Mio. €.

Kommen wir zurück zu unserer Einnahmenentwicklung: Prozentual gesehen, erleben wir also bei der Gewerbesteuer – bereinigt um den oben beschriebenen Einmal-effekt – von 2008 auf 2009 einen Einbruch um rund 23 %. Im laufenden Jahr zeichnet sich darüber hinaus ein leichter weiterer Rückgang um rund 3,0 % ab. Mit rund 26,0 % unter dem Orientierungswert von 2008 kann man deshalb beileibe nicht guten Gewissens behaupten, wir hätten die Krise überwunden. Bei der Beurteilung der aktuellen Lage und – daraus abgeleitet – der abzusehenden Zukunftsperspektiven müssen wir uns stets vor Augen führen, dass wir in der Gesamtheit der steuerlichen Einnahmen in diesem Jahr voraussichtlich erst 80,0 % des Niveaus von 2008 erreichen werden.

Ein schwacher Trost hierbei mag sein, dass wir uns hier landesweit „in guter Gesellschaft“ befinden: Laut Berechnungen des Städtetags Baden-Württemberg sank die Gewerbesteuer im Land allein von 2008 auf 2009 um rund 1,3 Mrd. € von 5,1 auf 3,8 Mrd. €. Dies entspricht sage und schreibe einem Rückgang um mehr als 25 %. Den dortigen Prognosen zufolge werden die Städte und Gemeinden Baden-Württembergs erst 2014 wieder das Gewerbesteuerniveau von 2008 erreichen – eine wahrlich lange Durststrecke, die es zu überwinden gilt. Ähnlich schlecht sieht es im Landestrend des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer aus: Auch hier rechnet man mit Einbrüchen um die 20 % und einer Rückkehr zu den Werten des Referenzjahres 2008 erst ab 2014. Nahezu alle Städte und Gemeinden im Land laufen also derzeit in eine strukturelle Krise hinein, die mindestens noch vier bis fünf Jahre andauern wird. Ob dann die Finanzierungssaldi tatsächlich wieder ausgeglichen sind, muss aus heutiger Sicht zumindest in Frage gestellt werden.

Bemerkenswert hierbei ist die Feststellung des Städtetags, dass bei Weitem nicht die gesamten Einnahmeausfälle originär auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen sind. Mehr als 50 % der Steuermindereinnahmen sind nicht unmittelbar konjunkturbedingt, sondern resultieren aus dem gesetzgeberischen Handeln des Bundes und des Landes, bspw. durch das Bürgerentlastungsgesetz, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die Unternehmenssteuerreform, das Familienleistungsgesetz, die Gesetze zur Umsetzung von EU-Vorgaben und so weiter. Die Wirkung hieraus auf die Kommunalhaushalte entfaltet sich entweder gleich unmittelbar oder erst mittelbar über den Finanzausgleich.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kurze Bemerkung zur derzeitigen Diskussion um die Abschaffung der Gewerbesteuer in der jetzigen Form und die Einführung eines neuen Kommunalsteuermodells, das über Verlagerungseffekte diese Steuerart ersetzen und gleichzeitig für mehr Kontinuität und Berechenbarkeit bei der Finanzierbarkeit der Haushalte in Städten und Gemeinden führen soll. Für uns ist die Gewerbesteuer trotz der erheblichen Schwankungen, wie wir sie auch derzeit erleben müssen, noch immer eine unter dem Strich verlässliche und der konjunkturellen Entwicklung gemäß auf mittlere Sicht stetig ansteigende Finanzierungsgrundlage, die keinesfalls angetastet werden sollte. Ich halte die Gewerbesteuer für eine der fundamentalsten Kommunalsteuern, entschädigt sie doch auf direktestem Wege die Städte und Gemeinden für deren vielfältige Belastungen, die zweifelsohne aus den angesiedelten gewerblichen Betrieben und Unternehmen zwangsläufig resultieren. Was

sollte sonst – über die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort hinaus – die Kommunen zukünftig motivieren, im Wettbewerb untereinander um die Ansiedlung neuer industrieller und gewerblicher Unternehmen zu kämpfen, die städtebaulichen, verkehrstechnischen und infrastrukturellen Voraussetzungen auch für das Gewerbe in möglichst optimaler Art und Weise bereit zu halten und dabei die Wohn- und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger nicht aus den Augen zu verlieren? Gerade dieser wichtige, sehr unmittelbare Beitrag des Gewerbes zur finanziellen Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist die Basis für eine gegenseitig verständnisvolle Partnerschaft zwischen eben den Gewerbetreibenden und der Bürgerschaft vor Ort. Deshalb setze ich mich uneingeschränkt für die Beibehaltung dieses Prinzips ein, halte es jedoch durchaus für legitim, die Einbeziehung der freiberuflichen Dienstleistungen in dieses System einmal differenziert zu hinterfragen.

Lassen Sie uns nun aber wieder zur aktuellen Situation hier in Korntal-Münchingen kommen und einen differenzierenden Blick auf die uns tatsächlich zur Verfügung stehenden Einnahmen werfen. Vom bereits genannten Gesamtvolumen unseres Verwaltungshaushalts in Höhe von 44,8 Mio. € entfallen zunächst einmal 7,2 Mio. € auf kalkulatorische Kosten und innere Verrechnungen, d.h. auf Buchungsbereiche, die zwar der komplexen Kostentransparenz unseres Haushalts dienen, die jedoch nicht für die unmittelbare Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen. Von den verbleibenden 37,6 Mio. € bezahlen wir nach heutiger Schätzung 14,9 Mio. € in Form von Umlagen an unsere übergeordneten Körperschaften wie Kreis, Region und Land. Die Stadt Korntal-Münchingen hat somit tatsächlich noch 22,7 Mio. €, also gerade mal gut die Hälfte der ursprünglichen Summe, zur Verfügung, um die aktuell anstehenden vielfältigen und stetig zunehmenden Aufgaben erledigen zu können.

Gehen wir davon aus, dass allein die Kreisumlage laut aktuellem Haushaltsplan des Landkreises in den kommenden Jahren auf 40 % ansteigen wird, so werden wir in absehbarer Zeit etwa 7,8 Mio. € in diese Richtung abführen müssen, was in etwa dem Umfang unseres derzeitigen Gewerbesteueraufkommens entspricht. Der prozentuale Anteil des tatsächlich verfügbaren Finanzvolumens des Verwaltungshaushalts wird sich nach heutigem Kenntnisstand in den fünf Jahren von 2008 bis 2014 von seinerzeit rund 56,0 % auf dann voraussichtlich etwa 53,0 % verringern.

Wenden wir uns nun der Frage zu, wofür wir in Schwerpunkten diese verfügbare Finanzmasse laut vorliegendem Haushaltsplan im Jahr 2011 auszugeben gedenken.

Hier fällt eindeutig auf, dass wiederum – wie bereits im vergangenen Jahr – die Bereiche Schulen/Schulsozialarbeit sowie Kindergärten mit insgesamt knapp 19,0 % einen beträchtlichen Anteil des Gesamtvolumens in Anspruch nehmen. Diese Schwerpunktsetzung ist jedoch zum einen politisch durchaus gewollt, denken wir nur an unsere große und langfristige Verantwortung im Rahmen des Bildungs- und Betreuungsauftrags, dem wir uns in großem Einvernehmen des Gemeinderats und auch in langer und guter Tradition im Sinne einer nachhaltigen sozialen Zukunftssicherung verschrieben haben, andererseits sind uns diese Aufgaben aber auch – was die Bereitstellung der ab 2013 gesetzlich verankerten Krippenplätze in unseren Kindergärten anbelangt – unter Missachtung des Konnexitätsprinzips von Seiten des Bundes und des Landes auferlegt worden. Der Gemeinderat steht im Grundsatz mit großer Mehrheit hinter dem Anspruch, mit dem Ausbau der Kleinkindbetreuung einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Sicherung und zur Chancengleichheit der Frauen im Beruf zu leisten. Wir sind jedoch mit gleichem Einvernehmen der Auffassung, dass mit der aktuellen Lastenverteilung – laut einer Berechnung des baden-württembergischen Städtetags verbleiben 57,6 % der Kosten letztendlich bei den Kommunen – eine unerträgliche und fundamental bedrohende finanzielle Last auf den Schultern der Städte und Gemeinden abgeladen wird, wobei sich der Bund mit gerade mal 9,9 % und das Land mit 17,5 % an den Kosten beteiligen, den Rest von rund 15 % steuern die Elternbeiträge hinzu.

Dieser verhängnisvolle Trend wird noch deutlicher, wenn man sich einmal die Entwicklung des Einzelplans 4 „soziale Sicherung“ etwas genauer ansieht, dessen Schwerpunkt durch die Ausgaben in der Betreuung unserer Kinder im Vorschulalter gebildet wird. Betragen diese Aufwendungen im Jahr 2000 noch 3,9 Mio. €, so werden sie im kommenden Jahr 2011 bereits auf 6,4 Mio. € angewachsen sein – Tendenz weiter steigend. Prozentual wird das Dilemma noch klarer ersichtlich: Beanspruchte dieser Bereich im Jahre 2000 noch 11,1 % des gesamten Verwaltungshaushaltsvolumens, so müssen wir nächstes Jahr mit einem Umfang von 14,2 % rechnen.

Wie nicht anders zu erwarten, machen die Personalkosten den zentralen Anteil dieser Kostenexplosion aus. Verfügtten wir im Jahr 2000 noch absolut über insgesamt 57 Stellen in den Bereichen Kindergärten, Schulsozialarbeit und Ganztagesbetreuung – sowohl im vorschulischen wie auch im schulischen Bereichen –, was etwa einem Anteil von 34,0 % der Gesamtverwaltung ausmachte, so werden diese Aufga-

benbereich im kommenden Jahr bereits 87 Stellen erfordern (46,0 %) – Tendenz natürlich auch hier in den Folgejahren weiter ansteigend.

Es verwundert nicht, dass die in der aktuellen Haushaltssituation verbleibenden Investitionen des Vermögenshaushalts ebenfalls ganz überwiegend in unsere Schulen und Kindergärten fließen. Nahmen 2009 die gesamten städtischen Investitionen mit 7,4 Mio. € noch 14,0 % des Gesamthaushalts ein, so sind es im bevorstehenden Planjahr nur noch 5,4 Mio. €, was etwa 10 % entspricht.

Von diesen 5,4 Mio. € 2011 entfallen insgesamt 2,1 Mio. €, sprich 38,2 %, auf die Bereiche Kindergärten und Schulen. Der Rest verbleibt für Grunderwerb – hier sind allein knapp 2 Mio. € vorgesehen –, für sämtliche weitere Baumaßnahmen (ca. 1 Mio. €) sowie für den Erwerb beweglicher Güter (rund 0,3 Mio. €).

Wie lassen sich diese Ausgaben im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt finanzieren angesichts der Tatsache der dargestellten enormen Aufgaben- und damit Ausgabenzuwächse in den Bereichen Bildung und Betreuung vom Kleinkindalter bis in den Bereich unserer weiterführenden Schulen hinein und andererseits vor dem Hintergrund der erläuterten nur äußerst zögerlichen und unsicheren Überwindung der Finanzierungskrise unseres städtischen Haushalts? Eine gesetzeskonforme Haushaltsgestaltung im Hinblick auf die Vorschriften der nachhaltigen Haushaltsführung, ausgedrückt in den Vorgaben zur Mindestzuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt, lässt sich angesichts der dramatischen konjunkturell bedingten Finanzkrise dieser Tage auch in Korntal-Münchingen nicht herbeiführen, will man nicht auf Dauer äußerst wertvolle Strukturen unserer kommunalen Gemeinschaft meist auf lange Zeit unwiederbringlich zerstören.

So ist es nicht verwunderlich, dass wir – vorausgesetzt, die im Haushaltsentwurf berücksichtigte Steuererhöhung wird so beschlossen – einerseits in den Jahren 2010 und 2011 mit einer negativen Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt werden leben müssen und dass zudem von 2009 bis 2011 zur Finanzierung des Vermögenshaushalts auf unsere Rücklagen zurückgegriffen werden muss. Ende 2011 werden diese dann im Wesentlichen bis auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbestand aufgebraucht sein, so dass uns dann – wie vielen, vielen anderen Städten und Gemeinden der Region und darüber hinaus auch – der Weg in die Vergrößerung unserer Verschuldung nicht erspart werden kann.

Treten keine maßgeblichen und unerwartet hohen Verbesserungen unserer Einnahmesituation ein, so müssen wir bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2014 mit etwa einer Vervierfachung unserer bis dato unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Ver-schuldung rechnen. Hierbei kann nicht oft genug betont werden, dass wir uns dabei schon lange keine „goldenen Wasserhähne“ mehr leisten, dass der städtische Haus-halt in den vergangenen Jahren bereits mehrere schmerzhaft Konsolidierungsrun-den hinter sich gebracht hat, dass die zum Aufgabenzuwachs relative Reduzierung des Personalbestandes der Verwaltung in beinahe allen Bereichen längst die Schmerzgrenze des Zumutbaren erreicht hat und dass der laufende Unterhalt von Straßen und öffentlichen Gebäuden bereits auf ein Maß reduziert ist, welches be-drohlich nahe an der Verursachung nachhaltiger Folgeschäden angelangt ist – von deren langfristigen Wirtschaftlichkeit beispielsweise vor dem Hintergrund der Ener-gieeffizienz einmal ganz abgesehen.

Um trotz alledem den städtischen Haushalt auf mittlere Sicht verantwortbar stabil halten zu können, um nichts unversucht zu lassen, weitere verwaltungsinterne Ein-sparpotenziale zu erschließen, um schließlich dafür gewappnet zu sein, im Falle kei-ner deutlich sichtbaren Verbesserung der Finanzlage im Laufe des nächsten Jahres relativ kurzfristig mit weiteren strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen reagieren zu können, hat der Gemeinderat in seiner Haushaltsklausur 17 verwaltungsseitig vorge-schlagene Einsparmaßnahmen ausführlich diskutiert und daraus Arbeits- und Unter-suchungsaufträge abgeleitet, deren Ergebnisse dann Grundlage für gegebenenfalls mehr oder weniger drastische Veränderungen in den verschiedensten Bereichen un-serer kommunalen Angebotsstrukturen sein werden.

Es muss an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass wir in diese Entwicklung bereits eine deutliche Erhöhung unserer kommunalen Steu-erhebesätze einkalkuliert haben. Wir haben uns bei der Festsetzung unserer Emp-fehlungen an den Gemeinderat, der im Übrigen im Februar 2011 separat über die Kommunalsteuern zu befinden haben wird, selbstverständlich an vergleichbaren Städten und Gemeinden unserer Region orientiert, um sicher zu gehen, dass wir auch weiterhin im interkommunalen Wettbewerb bestehen können und dass wir vor allem unsere Bürgerinnen und Bürger wie auch unsere Unternehmer nicht über die Maßen durch die Erhöhung der Abgaben belasten.

Auch auf lange Sicht werden wir zukünftig nicht umhin kommen, unsere Aufgaben bewusst und im Einvernehmen mit unseren Bürgerinnen und Bürgern zu priorisieren. Wir müssen Schwerpunkte unserer laufenden Verbindlichkeiten wie unseres investiven Engagements bilden, wir brauchen ein klar definiertes Profil unserer Stärken, unserer kommunalen Werte, die es gilt, nachhaltig weiter auszubauen und fortzuentwickeln. Diese Investition muss auf der anderen Seite zwangsläufig mit bewusstem Verzicht an anderer Stelle einhergehen. Um Kreativität, um Vielfalt, um Wettbewerb um die besten Ideen zu provozieren, aber auch um Transparenz und Akzeptanz bei der Bürgerschaft sicherzustellen, kann ein solcher integrativer Entwicklungsprozess nur unter breiter Beteiligung in Form einer „Zukunftswerkstatt“ für Korntal-Münchingen funktionieren. Die Investition in ein solches übergeordnetes Zukunftsprojekt wird sich auf lange Sicht vielfach auszahlen, davon bin ich fest überzeugt.

Ganz zentrale und für die Zukunft unserer Stadt ausgesprochen bedeutsame Fragen werden in den nächsten Monaten aus diesem Gremium heraus zu beantworten sein. Lassen Sie mich hier stellvertretend nur die wichtigsten nennen: die Gestaltung der Ortskernentwicklungen in Korntal wie in Münchingen – beides inklusive der Frage nach dem jeweils am besten geeigneten Standort für einen zukunftsfähigen Vollsor-timeter, der uns auf lange Sicht die Einzelhandelsversorgung in unseren Ortsteil-zentren sichert –, dann die definitive Einleitung der etappenweisen Umsetzung der Ergänzung bzw. Neuordnung unseres Schul- und Vereinszentrums im Münchinger Buddenberg-Areal, schließlich die grundsätzliche Entscheidung bezüglich der weite-ren Entwicklung von eventuellen Wohn- und Gewerbegebieten in den Stadtteilen – dies auf Basis der nun vorliegenden Gutachterkenntnisse zum Greutter- und Aichelin-Gelände und im Bewusstsein, dass diese Grundsatzentscheidung auch un-ter dem Eindruck demographischer, gesellschaftlicher, ökologischer und allgemeiner städtebaulicher Entwicklungsprognosen keinen weiteren Aufschub mehr duldet – und nicht zuletzt die Frage nach dem für unsere Stadt besten Weg in die Energieversor-gung der Zukunft. Darüber hinaus stehen wir vor den bereits genannten großen Her-ausforderungen der Kleinkindbetreuung, unsere städtischen Gebäude bedürfen in vielen Fällen dringender Sanierung – allen voran das Gymnasium mit einem ge-schätzten Gesamtvolumen zwischen 5 und 6 Mio. € sowie unsere Stadthalle, die uns auch noch großes Kopfzerbrechen bereiten wird –, die Straßenraumsanierung in Münchingen wartet ebenfalls auf ihren nächsten Bauabschnitt und viele weitere strukturelle, gesellschaftlich bedeutsame Fragestellungen bedürfen einer Klärung.

Dies alles erfordert Mut, Weitsicht, Verantwortungsbewusstsein und großes Engagement der Verwaltung, des Gemeinderats, aber ebenso unserer Bürgerschaft. Nicht zuletzt müssen natürlich auch die finanziellen Mittel bereit stehen, um all dies Zug um Zug bewerkstelligen zu können. Eine kluge, in die Zukunft gerichtete Strategie der Flächenentwicklung kann und muss hierbei ein kaum verzichtbares Werkzeug sein. Im Zentrum stehen hier unbestritten die oben genannten Kernziele der Stadtentwicklung. Nicht zuletzt bedeutet dieses weitsichtige kommunale Flächenmanagement aber auch – zumindest zunächst – eine wesentliche Vergrößerung der dringend erforderlichen finanziellen Handlungsspielräume.

Korntal-Münchingen ist hier in der glücklichen Lage – um die uns übrigens nicht wenige Kommunen unserer Region beneiden –, dass wir zum einen trotz der unmittelbaren, attraktiven Randlage zur Landeshauptstadt noch über entsprechende Potenziale in beiden Ortsteilen verfügen und dass andererseits der Regionalplan uns ausdrücklich – und dies nicht ohne Grund – zugesteht, diese Entwicklungspotenziale auch als so genannter Wohnungsbauschwerpunkt der Region zu nutzen. Aktuelle Untersuchungen, in wie weit wir in unserer Stadt noch auf bisher verbliebene oder auch neu entstandene, kleinräumige Entwicklungsreserven zurückgreifen können, werden uns wichtige Basisdaten für diese anstehenden Grundsatzentscheidungen liefern.

Darüber hinaus wird sehr tiefgründig zu analysieren sein, welche mittel- und langfristigen Konsequenzen in finanzieller, in ökologischer, in städtebaulicher, aber auch in verkehrlicher oder in infrastruktureller Hinsicht mit einer solchen Gebietsentwicklung zu verbinden sein werden. Erst, wenn diese wichtigen Eckdaten ausreichend differenziert und belastbar vorliegen, werden auch unter Einbeziehung politischer Grundsatzpositionen die Entscheidungen zu treffen sein, welche Weichenstellungen wir hier – wie in der Gewerbegebietsentwicklung im Übrigen auch – in absehbarer Zeit vornehmen wollen. Wie diese Entscheidungen letztendlich ausfallen, sei heute dahingestellt, aber eins muss uns klar sein, und dies möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen: Davor drücken dürfen wir uns in unserer großen Verantwortung für eine erfolgreiche und gute Zukunft Korntal-Münchingens keinesfalls – auch auf die Gefahr hin, dass ein solcher Entscheidungsprozess vermutlich nicht konfliktfrei bewältigbar sein wird.

Sie sehen also, es stehen uns spannende, arbeitsreiche und sicher nicht einfache Monate bevor. Große und für die Zukunft unserer Stadt zweifellos bedeutsame Herausforderungen treffen hierbei auf historisch schwierige finanzielle Rahmenbedingungen – eine nicht gerade ideale Gemengelage. Ich bin mir aber sicher, wir werden diese Herausforderungen gemeinsam mit unseren engagierten Bürgerinnen und Bürgern am Ende sehr gut bewältigen. Der vor Ihnen liegende Haushaltsentwurf soll hierfür eine gute Basis, ein trotz allen momentanen Widrigkeiten optimistisch stimmender Einstieg sein. Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre, bei der Abwägung Ihrer Schwerpunktsetzungen gemeinsam mit Ihrer Fraktion wie auch bei unserer abschließenden Diskussion und Verabschiedung in großer Runde, dass wir bei aller Verantwortung, die mit den anstehenden Entscheidungen verbunden ist, nie die Freude an unserer Arbeit und die Zuversicht in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt verlieren.

Ich möchte es auch in diesem Jahr abschließend keinesfalls versäumen, mich sehr herzlich bei allen maßgeblich beteiligten Kolleginnen und Kollegen meiner Verwaltung für die ausgesprochen engagierte und tatkräftige Mitarbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanes 2011 zu bedanken. Diese Arbeit war vor dem Hintergrund der außergewöhnlichen Rahmenbedingungen von ganz besonderer Intensität geprägt. Dies äußerte sich bereits in mehrfachen verwaltungsinternen Vorberatungsrunden, daraufhin dann in der intensiven und gewissenhaften Vorbereitung unserer Haushaltsklausur und nicht zuletzt schließlich in der differenzierten Ausgestaltung und Überarbeitung des nun vor uns liegenden Werkes. Besonders hervorheben möchte ich hierbei unseren unermüdlichen Kämmerer, Herrn Gerlach, sowie seinen ebenso engagierten Stellvertreter, Herrn Leonhardt, die buchstäblich bis zum letzten Tag vor der Einbringung mit absolutem Hochdruck und ausgesprochen wertvoller Kompetenz die erfolgreiche und fristgerechte Fertigstellung des Planwerks garantiert haben – ganz herzlichen Dank dafür!